



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 08.12.2014, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2014

Statement von Jan Grebe

Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)

Vorsitzender der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Inhaltlichen Schwerpunkt unseres Berichts greifen wir in diesem Jahr die besonderen Probleme in der Proliferation von Klein- und Leichtwaffen auf. Die Zahlen machen deutlich, dass sich unter den Abnehmern zahlreiche Drittstaaten befinden und EU- und NATO-Staaten nicht mehr zwangsläufig zu den wichtigsten Käufern deutscher Klein- und Leichtwaffen gehören. Diese Waffen gelangen damit häufig in Länder, deren interne gesellschaftliche Legitimität zweifelhaft ist oder die sich in Spannungsgebieten befinden. Die Erfahrungen zeigen, dass gerade die Proliferation von Klein- und Leichtwaffen ein globales Problem mit erheblichen Folgen ist. Besonders die illegale Weitergabe von Kleinwaffen stellt ein weltweites Risiko dar; und nicht selten beginnt sie mit einem legalen Export. Jüngste Beispiele in Libyen zeigen, wie schwierig die Kontrolle staatlicher Waffenbestände ist und wie verheerend sich ihre unkontrollierte Verbreitung in der Sahelzone ausgewirkt hat. Zusätzlich enthüllten die mutmaßlichen Exporte der Firma SIG Sauer über die USA nach Kolumbien die Schwächen der deutschen Exportkontrolle.

Klein- und Leichtwaffen bedrohen das Leben vieler Menschen. Auf fatale Weise „nachhaltig“ befinden sich noch heute viele Waffen älteren Baujahres in den weltweiten Konflikten. Gerade deshalb begrüßt die GKKE die Ankündigung der Bundesregierung, in Zukunft die Ausfuhr von kleinen und leichten Waffen restriktiver zu handhaben. Denn sie bergen eine große Missbrauchsgefahr in Hinblick auf menschliche Sicherheit und die Wahrung von Menschenrechten. Aber auch aufgrund des hohen Proliferationsrisikos muss es nicht nur für den Export von Kleinwaffen, sondern auch für Munition und für die Lizenzvergaben eine grundsätzliche Begründungspflicht für den Transfer an Drittstaaten geben, die außen-, sicherheits- und friedenspolitische Gründe für die Ausfuhr detailliert benennt. Die neuen „Kleinwaffengrundsätze“ der Bundesregierung könnten hier ein wichtiges Signal setzen. Wir begrüßen daher die Ankündigung von Bundesminister Gabriel und fordern eine transparente Erarbeitung und schnelle Umsetzung dieser Grundsätze.

Im europäischen Kontext standen unter anderem die Rüstungsexporte nach Russland auf dem Prüfstand. Obwohl sich die EU lange Zeit nicht auf ein Waffenembargo einigen konnte, erreichten die EU-Mitgliedsstaaten Ende Juli schließlich dennoch eine gemeinsame Position, die jedoch nur für zukünftige Geschäfte gilt. Problematisch ist die weiche Formulierung dieses politischen Kompromisses. Im Gegensatz zu Deutschland hat Frankreich erst infolge anhaltender Kritik aus zahlreichen EU-Staaten und nach einem langen Hin und Her die Auslieferung eines Hubschrauberträgers inzwi-

schen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Angesichts der Entwicklungen in der Ostukraine ist dies aus Sicht der GKKE ein wichtiger Schritt. Damit wird auch den Sorgen osteuropäischer Staaten Rechnung getragen, die schon 2009 beim Abschluss des russisch-französischen Deals ihren Unmut äußerten.

Der Umgang mit Rüstungsexporten nach Russland verdeutlicht einmal mehr die mangelnde Harmonisierung der Rüstungsexportpolitik auf europäischer Ebene. So messen wir den Bemühungen, die Interpretation der Kriterien des EU-Gemeinsamen Standpunktes einheitlich zu gestalten, weiterhin große Bedeutung zu. Dieser Fall verdeutlicht aber auch, dass weiterhin wirtschaftliche Interessen die rüstungspolitischen Entscheidungen einzelner Staaten, wie hier Frankreichs, beeinflussen. Daher wäre neben einer Harmonisierung der Rüstungsexportpolitik auch eine Europäisierung der Rüstungsindustrie ein wichtiger Schritt, um die Abhängigkeit europäischer Rüstungsunternehmen vom Export an Drittstaaten zu verringern. Dabei gilt es, manche nationalen Vorbehalte über Bord zu werfen und eine Konsolidierung der Industrie voranzutreiben, die besonders bei Landsystemen erhebliche Überproduktionskapazitäten aufweist. Vor dem Hintergrund eines immer stärker zusammenwachsenden Rüstungsmarktes innerhalb der EU und den Kompetenzverlagerungen nach Brüssel bei innereuropäischen Transfers, wäre es der richtige Schritt über eine Stärkung der Exportkontrolle auf europäischer Ebene zu diskutieren. Die GKKE verbindet damit die Forderung, den Überprüfungsprozess des Gemeinsamen Standpunkts endlich zu einem Abschluss zu bringen und den Mitgliedsstaaten neue Hilfen zur Auslegung der Kriterien an die Hand zu geben – und diese dann letztlich auch einzuhalten.